

Protokoll 31. Sitzung des Stadtrates der Stadt Sondershausen

Ort: Carl-Schroeder-Saal der Stadt Sondershausen
Carl-Schroeder-Straße 10

Datum: 25. Oktober 2018

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 21.50 Uhr

Leitung: Herr Schubert - Stadtratsvorsitzender

Anwesend: Herr Grimm Herr Deichstetter
Herr Glebe Frau Dr. Kietzer
Herr Langenberger Herr Ranzinger
Herr Schmidt, J. Herr Thiele
Frau Voigt Herr Axt
Herr Hengstermann Herr Ludwig
Frau Rasch Frau Thormann
Frau Bäunicke Herr Kroneberg
Herr Rauschenbach Frau Seichter
Herr Fischer Frau Rößner
Herr Schmidt, W. Herr Weber

Frau Oesterheld - Ortsteilbürgermeisterin Berka
Herr Kühn - Ortsteilbürgermeister Oberspier
Herr Hartung - Ortsteilbürgermeister Großberndten
Herr Gschwind - Ortsteilbürgermeister Thalebra

entschuldigt: Herr Weiß Herr Schneegans
Frau Marx Herr Koschinek
Frau Ritzke Herr Schmitz
Herr Böttner Herr Strotzer

Weitere Gäste lt. Anwesenheitsliste im öffentlichen Teil.

Tagesordnung:**öffentlicher Teil:**

1. Fragestunde für die Einwohner der Stadt Sondershausen
2. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung und Abstimmung – öffentlicher Teil –
4. Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 30. August 2018
5. Antrag der Fraktion CDU/FWV - Videoüberwachung auf dem Marktplatz in Sondershausen
6. Vorlage Jahresrechnung Haushalt 2017
7. Beteiligungsbericht 2018
8. Beschluss über die öffentliche Auslage des Entwurfs des Einzelhandel- und Zentrenkonzepts der Stadt Sondershausen
9. Aufstellungsbeschluss zur 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 05 „Stockhausen – Fahrschulübungsplatz“
10. Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 22 „Sondergebiet Handel – Erfurter Straße“ nach § 13 a BauGB
11. Antrag der Fraktion Volkssolidarität – Senkung der Kindergartengebühren
12. Informationen der Bürgermeister / Anfragen und Hinweise der Stadtratsmitglieder

öffentlicher Teil:

zu TOP 1

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Schubert, begrüßte die Anwesenden und eröffnete die Fragestunde für die Einwohner der Stadt Sondershausen.

- **Frau Pelzer** (stellv. Stadtsprecherin OT Schernberg) sprach den Vorschlag der Fraktion Volkssolidarität hinsichtlich der Kita-Beitragssenkung um 25 € an und beurteilte diesen als guten Vorschlag. Sie fragte, warum so viele Personen gegen diesen Vorschlag argumentieren.
Herr Grimm (Bürgermeister) antwortete, die Stadtverwaltung sei grundsätzlich nicht gegen Gebührensenkungen, sondern versucht auf verschiedenen Wegen Familien zu unterstützen. Dieser Vorschlag kommt zu einem ungünstigen Zeitpunkt, in einer Phase in der sich die Verwaltung seit kurzer Zeit nicht mehr in der Konsolidierung befindet. Damit würde ein falsches Signal gesendet. Herr Grimm führte weiterhin aus, dass nach aktuellem Stand der Haushaltsplanung für 2019 ein geschätztes Defizit in Höhe von ca. 1 Mio. Euro besteht. Gern würde die Stadt Gebühren senken, jedoch muss das Gesamtkonstrukt Stadt Sondershausen im Auge behalten werden.
- **Frau Bräunicke** (SPD/Grüne) sprach zu diesem Thema eine vor wenigen Tagen durchgeführte Diskussionsrunde mit Eltern, Kitaleitungen und Elternvertretern zu diesem Thema an. Die Fraktion hatte die genannten Beteiligten eingeladen, um Meinungen zum Thema zu hören und ein Stimmungsbild einzufangen.
- **Herr Thiele** (CDU/FWV) führte an, dass die Stadt Sondershausen gerade aus der Konsolidierung entlassen wurde und die Ausführungen zu den Finanzen von Herrn Grimm zeigen, dass eine derartige Situation auch schnell wieder eintreten kann. Eine Vielzahl von Einrichtungen im Umfeld nehmen wesentlich höhere Kindergartenbeiträge, unsere Beiträge können sich im Vergleich sehen lassen. Wir sind jetzt endlich in der Lage ein vernünftiges Wirtschaften zu gewährleisten.
Herr Grimm ergänzte, dass es wesentlich schwerer ist, im Falle einer ähnlichen Finanzlage wie in der jüngeren Vergangenheit, die Gebühren in ein oder zwei Jahren wieder anheben zu müssen.
- **Frau Fischer** (Bürgerin SDH) erkundigte sich hinsichtlich der Finanzen der Stadt nach einem angeblichen Überschuss. Des Weiteren fragte sie nach zehn im Raum stehenden, zusätzlichen Kitaplätzen in der Kita „Pustebume“ sowie nach einem sogenannten „Topf“, aus dem sich Kitas bedienen können, welche finanzielle Unterstützung brauchen.
Frau Biedermann (Fachbereichsleiterin Kultur & Soziales) erklärte in der Beantwortung der Frage, dass für die Bewilligung der Kitaplätze noch Stellungnahmen von Fachämtern erforderlich sind. Das zuständige Ministerium war bereits zur Besichtigung vor Ort. Wenn nach Einreichen aller Unterlagen alles in Ordnung ist, kann ab dem 01.01.2019 mit den zusätzlichen Plätzen gerechnet werden.
Frau Fischer fragte zudem nach der Möglichkeit mit Tagesmüttern zu arbeiten. Frau Biedermann gab an, dass die Bereitstellung von Tagesmüttern in der Zuständigkeit des Landkreises liegt.
Frau Bräunicke (SPD/Grüne) erläuterte hierzu, dass es wenige Tagesmütter im Kyffhäuserkreis gibt und diese auch schwierig zu finden sind. Momentan ist ein steigender Bedarf erkennbar und seitens des Landratsamtes gibt es Bemühungen geeignete Tagesmütter zu gewinnen, die sich dieser Aufgabe annehmen.

- **Herr Weber** (NPD) fragte nach dem von Herrn Grimm genannten finanziellen Defizit, da im vergangenen Haushaltsjahr ein Überschuss in Höhe von ca. 4 Mio. Euro zu Buche stand.

Herr Schard (Hauptamtsleiter) erklärte, dass das öffentliche Finanzwesen ein sehr komplexes System und teilweise schwer nachvollziehbar ist. Tatsächlich hat der Haushaltsabschluss des letzten Jahres einen Überschuss von ca. 4 Mio. Euro ergeben. Die angesprochene finanzielle Lücke in Höhe von etwa 1 Mio. Euro bezieht sich auf den Stand der momentanen Planungen für den Haushalt des kommenden Jahres. Er erklärte zudem, dass Gemeinden Zuweisungen vom Land Thüringen erhalten und sich die entsprechende Höhe an den geschätzten Einnahmen der Gemeinden orientiert. Die nächste Steuerschätzung findet diesbezüglich im November statt. Danach kann die Finanzplanung schon wieder etwas anders aussehen. Nach aktuellem Stand der Planungen für 2019 erhalten wir als Stadt schätzungsweise ca. 1 Mio. Euro weniger Zuweisungen vom Land Thüringen als im vergangenen Jahr.

Zudem spielt hier die sogenannte Kreisumlage eine Rolle. Kreisumlagen sind Zahlungen, die kreisangehörige Gebietskörperschaften an die übergeordnete Gebietskörperschaft Landkreis aufgrund dessen Hebungsrechts leisten, um dessen Finanzbedarf ganz oder teilweise zu decken. Je mehr Geld Gemeinden einnehmen, desto mehr müssen sie als Kreisumlage zahlen. In unserem Fall stellen sich die Zahlen so dar, dass wir vermutlich im nächsten Jahr ca. 1 Mio. Euro mehr Kreisumlage zahlen müssen, als das in diesem Jahr der Fall war. Diese sind jedoch noch keine absoluten Zahlen. So tun sich schnell größere Löcher auf, welche zunächst intern diskutiert werden müssen. Durch die genannten Aspekte und andere Faktoren, wie z. B. Tarifierhöhungen oder allgemeine Erhöhung des Baupreisindex, stellt sich in der Planung die Finanzlage der Stadt für das nächste Jahr anders dar als im Vergleich zum Abschluss des letzten Jahres.

- **Frau Steuerwald** (Bürgerin OT Thalebra) sprach das Thema Windpark im Gebiet Thalebra an. Im neuen Regionalplan Nordthüringen ist das Gebiet Hessenweg um den Ort Thalebra und weiterer angrenzender Ortsteile als Teil eines neuen Windparks ausgewiesen. Frau Steuerwald erkundigte sich, ob dieses Thema noch einmal zur Diskussion steht, ob der Stadtrat an seinem Beschluss vom 21.04.2016 festhält und ob es eine Stellungnahme der Stadt gegenüber dem Planungsbüro geben wird. Herr Grimm sagte, dass die Verwaltung derzeit an einer Stellungnahme arbeitet und das der besprochene Termin vor Ort (05.11.2018) bei der vergangenen Einwohnerversammlung, zwecks gemeinsamer Diskussion mit einem Sachverständigen der Regionalplanung, bestehen bleibt.

Herr Ludwig (Volkssolidarität) merkte an, dass in der damaligen, langen Diskussion ein Votum zum Thema entstand und unverständlicherweise der Wunsch in der Regionalplanung keine Berücksichtigung fand. Die Fraktion wird sich weiterhin gegen diese Planung aussprechen.

Herr Weber (NPD) erkundigte sich nach dem allgemeinen Stimmungsbild der Anwohner in Thalebra zu dem geplanten Windpark.

Herr Klein (Bürger OT Thalebra) erklärte daraufhin, dass einzelne Personen, welche vor Ort Land besitzen, durchaus Interesse an einer Verpachtung haben und dem Thema offen gegenüber stehen. Die Mehrheit der Anwohner stellt sich jedoch gegen das Projekt. Um dies zu untersetzen wird es hierzu eine Unterschriftensammlung geben.

Herr Kroneberg (Bürgermeister OT Hohenebra) ergänzte, dass sich die Stimmungslage im auch betroffenen Gebiet Hohenebra ebenso darstellt wie in Thalebra.

- **Herr Schruller** (Bürger SDH) erkundigte sich nach dem Stand der Dinge hinsichtlich der innerstädtischen „Rennstrecke“ in der Burgstraße/Hauptstraße, wo ab 22 Uhr keine Ruhe aufgrund ständiger Geschwindigkeitsüberschreitungen der PKW einkehrt, obwohl vor Ort Poller nutzbar sind.

Herr Grimm gab an, dass das Problem der „Raser“ an die Polizei weitergegeben wurde. Die Frage der Poller beantwortete Herr Kleinschmidt (Fachbereichsleiter Bau & Ordnung) mit der momentanen Umleitung, während derer die Poller nicht in Betrieb sind. Nach Abschluss der Bauphase werden die Poller wieder aktiv sein.

- **Herr Dietrich** (Bürger SDH) bedankte sich zunächst für den vergangenen, öffentlichen Wirtschaftsausschuss und themenbezogene, konstruktive Gespräche. Zudem erkundigte er sich bezüglich der Nachfolge der scheidenden, ansässigen Hautärztin, da eine potentielle, ambitionierte Nachfolgerin angeblich keine Arbeitserlaubnis erhält und somit die komplette Schließung droht. Herr Grimm ging darauf ein, dass es diesbezüglich Gespräche und Bemühungen gab und aktuell an einer Lösung gearbeitet wird.

Weiterhin sprach Herr Dietrich den Zustand der Rosa-Luxemburg-Straße an, welche zuletzt 1994 grundhaft erneuert wurde. Seitdem wurde dort nichts mehr getan und vorhandene Längsrisse werden witterungsbedingt jährlich größer. Er fragte nach der Möglichkeit diese Risse auszugießen, um das Problem zu lösen.

Herr Kleinschmidt erklärte dazu, dass die Straßen in regelmäßigen Abständen kontrolliert werden und er sich erkundigt, ob für diese Straße Reparaturarbeiten vorgesehen sind.

- **Herr Schubert** (Volkssolidarität) sprach den in der letzten Sitzung thematisierten Zustand des Windleitenweges an und bat um Informationen zum Stand der Dinge. Herr Kleinschmidt (Fachbereichsleiter Bau & Ordnung) erklärte hierzu, dass nach einer Besichtigung vor Ort kurzfristig ein Querschlag eingebaut wird, um die Wassergeschwindigkeit und – menge zu reduzieren. Es sind zukünftig noch weitere Maßnahmen notwendig, welche jedoch aus kapazitären Gründen in diesem Jahr nicht mehr umgesetzt werden können.
- **Herr Axt** (NUBI) sprach den schlechten Zustand der Neuen Straße im Stadtgebiet Stockhausen an und bat um Reparatur der vorhandenen Schlaglöcher.

zu TOP 2

Die 31. Sitzung des Stadtrates der Stadt Sondershausen wurde durch Herrn Schubert eröffnet. Er stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest - zu Beginn der Stadtratssitzung waren 22 Stadtratsmitglieder + Bürgermeister anwesend.

zu TOP 3

Herr Ludwig beantragte die Verlegung des TOP 11 - Antrag der Volkssolidarität zur Senkung der Kindergartengebühren - nach vorn als TOP 5.

Die Mitglieder des Stadtrates stimmten dem Antrag zur Verlegung des TOP einstimmig zu. Die folgenden Tagesordnungspunkte verschoben sich entsprechend.

Der geänderten Tagesordnung stimmten die Stadtratsmitglieder einstimmig zu.

zu TOP 4

Die Niederschrift der 30. Sitzung des Stadtrates vom 30. August 2018 (öffentlicher Teil) wurde durch die Stadtratsmitglieder mit 18 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme und 4 Stimmenthaltungen beschlossen.

zu TOP 5 (ehemals TOP 11)

Herr Ludwig (Volkssolidarität) verlas zu diesem Tagesordnungspunkt eigene Aufzeichnungen zum Thema Senkung der Kindergartengebühren, welche eine Zusammenfassung vergangener Diskussionen und Argumentationen von Befürwortern und Gegnern dieses Antrages sowie eine Untermalung dieser Idee seitens der Fraktion Volkssolidarität beinhaltet. Im Ergebnis seiner Ausführungen formulierte Herr Ludwig eine geänderte Version des ursprünglichen Antrages als Vorlage zur Abstimmung wie folgt: „Senkung der Kindergartengebühren um 15 € statt 25 € auf 115 €/Monat. Zusätzlich soll der Verwaltung ein Prüfauftrag erteilt werden, in welcher Höhe Modernisierungskosten für Kitas in den kommenden Jahren anfallen und inwieweit diese im Haushalt bereits gedeckt sind.“

Herr Ludwig beantragte eine kleine Pause, um den Stadtratsmitgliedern die Möglichkeit zu geben, sich in den Fraktionen kurz zu beraten.

Herr Weber (NPD) erklärte, dass er seit jeher den Standpunkt vertritt, dass der Besuch der Kinder in Kindertagesstätten kostenfrei sein sollte. Der Schritt der Landesregierung zu einem kostenfreien Beitragsjahr ging in die richtige Richtung. Er war in den vergangenen Diskussionen zum Thema überrascht von so viel Widerstand und langen Debatten in den Ausschüssen. In seiner Argumentation stellte er fest, dass es der richtige Weg ist die Eltern zu entlasten und den Bürgern etwas zurück zu geben.

Herr Thiele (CDU/FWV) fügte hinzu, dass die CDU/FWV-Fraktion sich ebenso für ein kostenfreies Kindergartenzeitalter ausspricht und stellte fest, dass wir uns auf einem guten Weg befinden. Die Weichen hierfür werden langsam gestellt, der Bund hat entsprechende finanzielle Mittel beschlossen, welche nun an die Länder verteilt werden, um die Möglichkeit der Installation eines zusätzlichen kostenfreien Beitragsjahres zu schaffen. Es besteht hier kein Zeitdruck Entscheidungen zu treffen. Solides Arbeiten sollte im Vordergrund stehen und eine diesbezügliche Entscheidung erst dann getroffen werden wenn klar ist, dass eine Senkung der Gebühren in einem ausgeglichenen Haushalt eingeplant werden kann.

Frau Rößner (DIE LINKE.) schloss sich den Ausführungen von Herrn Thiele an und ergänzte, dass in die in der Vergangenheit umgesetzte zweistufige Erhöhung sehr moderat war und es diesbezüglich keine bekannten Beschwerden seitens der Eltern gab. Die Beiträge sollten in der jetzigen Höhe beibehalten werden, auch um eine Beitragsstabilität zu gewährleisten. Sie stellte die Frage in den Raum, wie man den Eltern solche „Fahrstuhlaktionen“ erklären soll, wenn in zwei Jahren wieder eine Erhöhung beschlossen werden muss.

Mit den momentanen Beiträgen liegt die Stadt Sondershausen im Vergleich anderer Kommunen im unteren Drittel.

In ihren Ausführungen stellte Frau Rößner mehrere Anträge, in welchen die Verwaltung beauftragt wird Folgendes zu prüfen: Welche Möglichkeiten bestehen a) zur Einführung eines kostenlosen Mittagessens für jedes Kind?, b) zur Einführung einer „Familienkarte“ als Grundlage für Vergünstigungen für Familien und c) zur Bereitstellung von finanziellen Mitteln für Investitionen in den Kindergärten. Diese Dinge sollten in den Kinder- und Jugendförderplan der Stadt aufgenommen werden.

Frau Bräunicke (SPD/Grüne) sprach den gemeinsamen Termin zur Diskussion zu diesem Thema mit Kitaleitungen und Elternvertretern der Einrichtungen an, welcher gut besucht war. Grundlegende Frage war, ob die vorgeschlagene Senkung eine Entlastung darstellt oder ob es wichtigere Dinge gibt. Im Ergebnis stellte sich ein Alternativvorschlag zur Einrichtung eines Fonds heraus, z. B. zur Anschaffung von pädagogischem Material. Die große Mehrheit vor Ort sprach sich für die Einrichtung eines Fonds und gegen die Senkung der Gebühren aus.

Herr Axt (NUBI) erklärte zu diesem Thema, dass die Kindergartengebühren über viele Jahre niedrig gehalten wurden. Die momentane Beitragshöhe ist immer noch sehr günstig im Vergleich zu umliegenden Gemeinden. Und wenn etwas zurückgegeben werden soll, dann müssten im Sinne der Gleichbehandlung alle Bürger etwas davon haben, nicht nur Eltern mit kleinen Kindern.

Die Stadt braucht ein finanzielles Polster für ihre Vorhaben, gerade bei zwei aktuell großen Bauprojekten wie dem Rathaus und dem Sportzentrum „Am Göldner“. Bei unserer Finanzlage im Moment ist eine Senkung der Kitagebühren nicht machbar.

Herr Deichstetter (CDU/FWV) merkte an, dass die Mitglieder des Stadtrates Verantwortung für die gesamten Bereiche der Stadt (den gesamten Stadthaushalt) und nicht nur für ein spezielles Thema haben. Für eine Willensbekundung zur Senkung der Kitagebühren besteht evtl. die Möglichkeit die Verwaltung zu beauftragen den Haushalt so zu planen, dass diese Einsparung möglich ist.

Frau Biedermann (Fachbereichsleiterin Kultur & Soziales) wies in diesem Zusammenhang auf die Infrastrukturpauschale hin, welche in den nächsten Jahren zur Finanzierung notwendiger Maßnahmen in den Einrichtungen nicht mehr ausreichen wird. Es sind viele Auflagen in den Kindergärten umzusetzen, z. B. im Bereich Brandschutz oder Schallschutz, da sich auch die sicherheitstechnischen Anforderungen verändert haben.

Nach weiteren umfangreichen Diskussionsbeiträgen stimmten die Mitglieder des Stadtrates dem Antrag bezüglich einer Unterbrechung der Sitzung zur Beratung einstimmig zu.

Nach der kurzen Pause stellte Herr Ludwig (Volkssolidarität) eine geänderte Version des Antrages vor.

Frau Bräunicke (SPD/Grüne) fragte nach der Einrichtung des angesprochenen Fonds. Herr Ludwig (Volkssolidarität) antwortete, dass im positiven Fall einer Senkung um 25 Euro die Differenz zu 15 Euro in einen Fond fließen kann.

Herr Schard (Hauptamtsleiter) verwies auf den Antragstext, welcher vor dem Hintergrund der Weiterbearbeitung hinreichend bestimmt formuliert sein sollte. Er erklärte, dass die Stadtverwaltung die Verpflichtung hat den Haushalt ausgeglichen vorzulegen und in der Planung viele Diskussionen darüber zu führen sind.

Herr Ludwig (Volkssolidarität) formulierte den Antrag zur Senkung der Kindergartengebühren wie folgt neu:

„Der Stadtrat der Stadt Sondershausen beauftragt die Verwaltung einen Haushalt zu erstellen, mit einer Senkung der Kindergartengebühr um möglichst 15 Euro, idealerweise um 25 Euro.“

Über den geänderten Antrag stimmten die Mitglieder des Stadtrates wie folgt ab:

Abstimmung:	Anwesend insgesamt:	23
	Ja-Stimmen:	22
	Nein-Stimmen:	keine
	Stimmenthaltungen:	1

Beschluss-Nr.: SR 364-31/2018

zu TOP 6 (ehemals TOP 5)

Herr Thiele (CDU/FWV) erläuterte die vorliegende Beschlussvorlage und kritisierte gleichzeitig die zunehmende Zahl an Gewalttätigkeiten in der jüngsten Vergangenheit auf dem Marktplatz.

Die Installation einer Videoüberwachungsanlage beschrieb er als geeignete Maßnahme, um dort für mehr Sicherheit sorgen zu können. Andere Städte in Deutschland praktizieren dies schon erfolgreich. Befragungen in der Bevölkerung ergaben dahingehend breiten Zuspruch. Die Videoüberwachung des Marktplatzes soll nicht rund um die Uhr stattfinden, sondern zu den Schwerpunktzeiten in den späten Nachmittag- und Abendstunden.

Der Stadtratsvorsitzende stellte den Gast Herr Kreis (Fa. Dallmeier) vor, der als Fachmann für Videotechnik zur Sitzung eingeladen wurde, um zu diesem Thema zu referieren. Die Stadtratsmitglieder erteilten Herrn Kreis einstimmig das Wort.

Herr Kreis gab in seinem Vortrag einen Überblick zum Thema Videotechniküberwachungstechnik und erläuterte Möglichkeiten der Anwendung im öffentlichen Raum. Er ging auf wesentliche Aspekte ein, welche in der Umsetzung eines derartigen Vorhabens eine wichtige Rolle spielen (z. B. Datenschutz, Ziele, Polizeianbindung, Personal, notwendiges Equipment). Zudem zeigte er Beispiele, wie in anderen Städten Videoüberwachung eingesetzt wird.

Herr Schard (Hauptamtsleiter) ergänzte hierzu, dass nach dem Ordnungsbehördengesetz grundsätzlich eine Videoüberwachung seitens der Stadt möglich ist. Es ist zu unterscheiden zwischen Polizeiarbeit und der Zuständigkeit der Stadt als Ordnungsbehörde. Wichtiger Punkt ist hierbei auch der Datenschutz, welcher zum Thema Videoüberwachung nicht nur mit dem Beauftragten im Haus, sondern ebenso mit dem Landesdatenschutzbeauftragten besprochen werden sollte.

Nach umfangreichen Diskussionsbeiträgen mit dem Tenor, dass zu diesem Thema noch sehr viele Fragen offen sind, formulierte Herr Thiele (CDU/FWV) den Text des Antrages wie folgt um: „Der Stadtrat der Stadt Sondershausen beauftragt die Verwaltung, die Installation einer Videoüberwachungsanlage auf dem Marktplatz in Sondershausen nach rechtlichen und haushaltsrechtlichen Belangen zu prüfen.“

Über den geänderten Antrag stimmten die Mitglieder des Stadtrates wie folgt ab:

Abstimmung:	Anwesend insgesamt:	23
	Ja-Stimmen:	22
	Nein-Stimmen:	keine
	Stimmenthaltungen:	1

Beschluss-Nr.: SR 365-31/2018

zu TOP 7 (ehemals TOP 6)

Frau Kirmse (Fachgebiet Finanzwirtschaft) erläuterte, dass die Jahresrechnung 2017 mit einem Ist-Überschuss in Höhe von 3.681.046,57 Mio. Euro abschließt.

Zum besseren Verständnis zur Trennung der Haushaltsjahre führte sie an, dass der Überschuss aus dem letzten Jahr nichts mit dem genannten Defizit zu tun hat. Das ist der erste Entwurfsplan des Verwaltungshaushaltes für 2019 und wird in den nächsten Wochen in der Verwaltung beraten. Zum Ergebnis der Jahresrechnung 2017: Der Verwaltungshaushalt schließt mit einem Volumen von 34.863.184,73 Euro ab. Der Vermögenshaushalt schließt in den Einnahmen mit 7.178.087,69 Euro und in den Ausgaben mit 3.497.041,12 Euro ab, woraus sich der genannte Ist-Überschuss ergibt. Im Kassenabschluss 2017 entstand im Verwaltungshaushalt ein Ist-Fehlbetrag in Höhe von 744.732,46 Euro, im Vermögenshaushalt entstand ein Ist-Überschuss in Höhe von 666.442,20 Euro.

Der Sollüberschuss des Verwaltungshaushaltes in Höhe von 4.899.549,55 Euro wird zum Ausgleich dem Vermögenshaushalt zugeführt. Die Pflichtzuführung gemäß Thüringer Gemeindehaushaltsverordnung konnte so in erforderlicher Höhe der Tilgungsleistungen von Krediten in Höhe von 628.943,61 Euro geleistet werden. Somit wurde in der Jahresrechnung 2017 eine freie Finanzspitze in Höhe von 4.270.605,94 Euro erwirtschaftet. Im Abschluss des Vermögenshaushaltes 2017 entstand durch die Gegenüberstellung der bereinigten Solleinnahmen zu den bereinigten Sollausgaben ein Soll-Überschuss in Höhe von 3.681.046,57 Euro. Der Sollüberschuss wird zum Ausgleich der Jahresrechnung der Rücklage zugeführt.

Im Vermögenshaushalt wurden neue Haushaltsreste in Höhe von 1.899.939,00 sowie Haushaltseinnahmereste in Höhe von 1.131.200,00 gebildet. Die Betriebsmittelrücklage, sprich

Liquiditätsrücklage, in Höhe von 622.557,00 steht gemäß Thüringer Gemeindehaushaltsverordnung in voller Höhe zur Verfügung.

Kassenkredite mussten im gesamten Haushaltsjahr 2017 nicht in Anspruch genommen werden. Per 31.12.2017 bestand eine Gesamtverschuldung von 4.548.000,00 Euro, was einer Pro-Kopf-Verschuldung von 206,98 Euro entspricht (ca. ¼ des Durchschnitts in Thüringen).

Die Jahresrechnung 2017 wurde durch die Stadtratsmitglieder zur Kenntnis genommen.

zu TOP 8 (ehemals TOP 7)

Gemäß § 75a der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) ist die Stadt verpflichtet, dem Stadtrat und der Rechtsaufsichtsbehörde jährlich einen Beteiligungsbericht vorzulegen.

Der vorgelegte Beteiligungsbericht 2018 wurde durch die Stadtratsmitglieder zur Kenntnis genommen.

zu TOP 9 (ehemals TOP 8)

Der Stadtratsvorsitzende verlas die Beschlussvorlage über die öffentliche Auslage des Einzelhandels- und Zentrenkonzepts der Stadt Sondershausen zur Einsicht für jedermann.

Herr Axt (NUBI) bezeichnete das Konzept als sehr umfangreich und beantragte, hierzu eine Bürgerversammlung bzw. ein Wirtschaftsforum einzuberufen.

Die Stadtratsmitglieder lehnten diesen Antrag mit 1 Ja-Stimme, 19 Gegenstimmen und 3 Stimmenthaltungen ab.

Die Mitglieder des Stadtrates beschloss einstimmig, den Entwurf des Einzelhandels- und Zentrenkonzepts der Stadt Sondershausen, vom 17.09.2018, für vier Wochen zur Einsicht für jedermann öffentlich auszulegen.

Abstimmung:	Anwesend insgesamt:	23
	Ja-Stimmen:	23
	Nein-Stimmen:	keine
	Stimmenthaltungen:	keine

Beschluss-Nr.: SR 366-31/2018

zu TOP 10 (ehemals TOP 9)

Der Stadtratsvorsitzende verlas den Beschlussentwurf zum Aufstellungsbeschluss zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 05 „Stockhausen - Fahrschulübungsplatz“.

Herr Axt (NUBI) merkte an, dass die derzeit dort festgesetzten Grünflächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft nicht für neue, zusätzliche Stellplätze geopfert werden sollte. Zudem erkundigte er sich nach der Bedeutung der im Beschlusstext beschriebenen Aufhebung der festgesetzten Wohngebiete 3 und 4 sowie deren innere Erschließung.

Frau Keyser (Fachgebietsleiterin Planung und Hochbau) erklärte dazu, dass der Aufstellungsbeschluss der Auftakt für ein öffentliches Planverfahren ist, in welchem jeder Anwohner/Betroffene Einsicht hat und sich dazu äußern kann.

Für die angesprochenen Wohngebiete war angedacht Wohnbauland zu schaffen, jedoch hat sich in den letzten 25 Jahren kein Investor gefunden, der diese Flächen entwickelt hat. Durch die

Aufhebung soll die Möglichkeit entstehen, dass diese erschlossen Flächen bebaut werden können.

Nach weiteren Diskussionsbeiträgen fassten die Mitglieder des Stadtrates, gemäß § 1 Abs. 8 i. V. m. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB), den Aufstellungsbeschluss zur 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 05 „Stockhausen – Fahrschulübungsplatz“ mit integrierter Grünordnung gemäß der beigefügten Anlage 1. Die Anlagen sind Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmung:	Anwesend insgesamt:	23
	Ja-Stimmen:	22
	Nein-Stimmen:	1
	Stimmenthaltungen:	keine

Beschluss-Nr.: SR 367-31/2018

zu TOP 11 (ehemals TOP10)

Zu diesem Tagesordnungspunkt verließ der Stadtratsvorsitzende, Herr Schubert, den Sitzungssaal und übergab die Sitzungsleitung an seinen Stellvertreter Herrn Ludwig. Er verlas die vorliegende Beschlussvorlage über den Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 22 „Sondergebiet Handel - Erfurter Straße“.

Nach Beantwortung einzelner Fragen durch Frau Keyser (Fachgebietsleiterin Planung und Hochbau) fassten die Mitglieder des Stadtrates gemäß § 13 a Abs. 1 Nr. 2 Baugesetzbuch (BauGB) den Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 22: „Sondergebiet Handel - Erfurter Straße“. Die Anlagen sind Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmung:	Anwesend insgesamt:	22
	Ja-Stimmen:	17
	Nein-Stimmen:	4
	Stimmenthaltungen:	1

Beschluss-Nr.: SR 368-31/2018

zu TOP 12

- Herr Schubert (Volkssolidarität) teilte mit, dass das Gremium zur Untersuchung des im Jahr 2016 vorgelegten Abschlussberichtes zur Erhebung von jährlich wiederkehrenden Beiträgen des TAZ Helbe-Wipper die Sichtung der Unterlagen beendet hat und voraussichtlich zur nächsten Stadtratssitzung einen Abschlussbericht vorlegen wird.
- Frau Oesterheld (Ortsteilbürgermeisterin OT Berka) sprach die regelmäßigen Geschwindigkeitsüberschreitungen der Mitarbeiter der ansässigen Firma WAGO nach Feierabend an und bat um Überprüfung der Möglichkeit einer Installation von Blitzern vor Ort.
Herr Grimm sagte, dass er die Verantwortlichen der Firma darauf hingewiesen hat und erfuhr, dass das Problem bekannt ist, aber Einwirkung seitens der Geschäftsführung nur sehr schwer möglich.
- Herr Axt (NUBI) erinnerte an die Freigabe der Ortsumfahrung von Sondershausen vor genau zehn Jahren. Zudem sprach er eine erforderliche Änderung der Hauptsatzung hinsichtlich des 3. ehrenamtlichen Beigeordneten an.

- Herr Ludwig (Volkssolidarität) gab den Wunsch seitens der ansässigen Vereine im Carl-Corbach-Club weiter, dass im Zuge der Renovierung die Installation von WLAN mit vorgenommen wird.
Weiterhin erkundigte er sich nach dem fehlenden Frischwasserzufluss zur Kiesgrube.
Herr Kleinschmidt (Fachbereichsleiter Bau & Ordnung) erläuterte hierzu Details über den momentanen Abschlag der Wipper, der die beiden Parkteiche speist sowie zu dem bestehenden, derzeit gesperrten Zulauf.
Zudem sprach Herr Ludwig das 10-jährige Jubiläum der Skate Arena im Dezember an, und bat um Prüfung der Möglichkeit einer finanziellen Unterstützung für die Veranstaltung seitens des Stadtrates.
- Herr Thiele (CDU/FWV) sprach den Zustand der Hecke auf der gegenüberliegenden Straßenseite des ALDI an, wo ein ordnungsgemäßer Schnitt (im Bereich Gehweg) erforderlich ist.
- Frau Rößner (DIE LINKE.) erkundigte sich nach den Stellen der Veröffentlichung der Tagesordnungspunkte der Sitzungen des Hauptausschusses und des Stadtrates.
- Herr Kroneberg (Ortsteilbürgermeister Hohenebra) fragte nach der vor längerer Zeit gegründeten Arbeitsgruppe Feuerwehr.
Herr Kleinschmidt (Fachbereichsleiter Bau & Ordnung) erklärte, dass diese Arbeitsgruppe lange nicht aktiv war, jedoch demnächst eine Sitzung organisiert wird.
- Herr Weber (NPD) bat um die Aktualisierung des Ratsinformationssystems.

...nichtöffentlicher Teil